

Danziger Zeitung



No 17407.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inseratskosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzettel oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Hamburg, 29. Novbr. (W. L.) Dem „Hamburgischen Correspondenten“ zufolge ist der Raubmörder Dauth, welcher den Expedienten Hüfseberg unter so grauenhaften Umständen ermordet hat, gestern Nachmittag in Karlsruhe verhaftet worden.

Belgrad, 29. November. (W. L.) In Folge der immerwährend auftauchenden Beschwerden über Einschränkung der Wahlfreiheit wurden durch einen Ukas des Königs sämtliche bisherigen Urwahlen für nichtig erklärt und die Borneahme neuer Wahlen der Wahlmänner angeordnet. In jeden Wahlbezirk sollen drei (je einer der drei Landesparteien entnommene) Wahlmänner behufs Controlirung der Wahlfreiheit entsendet werden. Demgemäß sind die allgemeinen Wahlen, sowie die Eröffnung der großen Skupschtina verlagt. Erstere finden am 4. Dezember a. St. statt; die Skupschtina ist auf den 11. Dezember a. St. einberufen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 29. November.

Das Steigen der Reichsschuld.

Die Thatsache, daß das Reich nach dem Etat für 1888/89 bereits 37 1/2 Mill. Mark an Schuldzinsen zu bezahlen hat, — von dem Zuwachs weiterer Anleihen zu militärischen Zwecken abgesehen, — ist in hohem Grade geeignet, die Aufmerksamkeit der Politiker in Anspruch zu nehmen. Schon bei der vorjährigen Etatsberatung ist von der Nothwendigkeit die Rede gewesen, gewisse einmalige Ausgaben, welche zur Zeit regelmäßig aus Anleihen gedeckt werden, wie Kasernen-, Schiffsbauten etc., in Zukunft aus den laufenden Einnahmen zu decken oder gar eine Amortisirung der Reichsschuld einzuführen. Durch einen eigenthümlichen Zufall ist zwischen heute und damals Fhrr. v. Malshahn-Gültz aus dem Reichstagsabgeordneten und Vorstehenden der Budget-Commission zum Staatssecretär im Reichsschatzamt geworden. Und das hat genügt, um Herrn v. Malshahn-Gültz in dieser Frage umzustimmen. Der Herr Schatzsecretär hat vorgestern am Schlusse seiner Etatsrede versichert:

Bei der Scheidung derjenigen Ausgaben, welche man auf Anleihenmittel verweisen hat, sei mit peinlichster Gewissenhaftigkeit vorgegangen worden; es werde auch notwendig sein, in Zukunft so zu verfahren und im Zweifelsfalle die Ausgaben auf die ordentlichen Mittel, d. h. die laufenden Einnahmen zu verweisen. Dazu führe uns die Steigerung der Schuldenlast des Reichs, dazu zwingt uns doppelt der Ausblick auf die Zukunft, welche in der Alters- und Invalidenversorgung dem Reiche eine, im Interesse der ärmsten Bevölkerung notwendige, die Reichsfinanzen belastende Ausgabe zuweisen wird.

Der Gedankengang, der in diesen Sätzen ausgedrückt ist, gehört weniger dem Reichsfinanzminister als dem früheren Abgeordneten an. Vom Standpunkt der Reichsfinanzpolitik läßt sich nur sagen, daß wenn die laufenden Einnahmen des Reichs in Zukunft etwa nicht mehr ausreichen sollten, entweder auf die Einzelstaaten in Form erhöhter Matricularbeiträge zurückgegriffen wird oder durch neue Reichssteuern neue Mittel beschafft werden müssen. Die Forderung, daß das Reich sich auf die Dauer mit den Einnahmen aus den bisher bewilligten Steuern einrichten müsse, kann nur von den Vertretern der Steuerzahler, d. h. von dem Reichstage aufgestellt werden.

Nun ist es ja richtig, daß bei Bewilligung der hohen Branntweinsteuer der Reichstag die Absicht verfolgt hat, zugleich Deckung für die Ausgaben zu beschaffen, welche durch die Alters- und Invalidenversorgung dem Reiche erwachsen werden. Aber die Majorität ist unfähig gewesen, eine Vorkehrung dafür zu treffen, daß die sofort bewilligten Einnahmen zu dem bezeichneten Zwecke referirt werden. Indem man jetzt dahin drängt, erhebliche, bisher durch Anleihen gedeckte Ausgaben auf die laufenden Einnahmen anzuweisen, versucht man, eine solche Steuerreform künstlich zu confabuliren. Daß der Reichsschatzsecretär dieses Unternehmen als unausführbar erkennt, hat seine vorgestrichene Bemerkung bewiesen.

Die Sachlage ist demnach die: 1. Ist die Schuldentilgung nur ein Vorwand für die Festlegung laufender Einnahmen zu zukünftigen Ausgaben, 2. gesteht der Reichstag ein, daß er durch Annahme des Branntweinsteuergesetzes sehr erheblich mehr an Steuern bewilligt hat, als das Reich zur Deckung seiner Ausgaben für's erste bedarf.

Eine erhebliche militärische Mehrforderung steht nach den Informationen unseres Berliner Correspondenten nun doch in Aussicht. Derselbe schreibt in Anknüpfung an die in unseren heutigen Morgentelegrammen mitgetheilten Anweisungen der „Nat.-Ztg.“:

Wenn ein Berliner Abendblatt dem Umfande, daß den leitenden Mitgliedern des Reichstags von der Absicht der Regierung bezüglich Forderung größerer Geldmittel für militärische Zwecke nichts bekannt ist, eine besondere Bedeutung beilegt, so können wir diese Auffassung nicht theilen. In unterrichteten Kreisen bezweifelt man nicht, daß dem Reichstage im Laufe dieser Session eine sehr erhebliche Mehrforderung zu militärischen Zwecken zugehen wird. Schon daraus ergibt sich, daß dieselbe sich nicht auf die Vermehrung der Zahl der bespannten Geschütze bei der Artillerie von 4 auf 6 (per Batterie) beschränken wird. Die

Vermehrung der Artillerie scheint allerdings in erster Linie zu stehen.

Der zweite Tag der Etatsberatung.

Die gestrige Rede des Abg. Liebknecht, des wissenschaftlich bei weitem bedeutendsten Mitgliedes der socialdemokratischen Partei, wurde vom Hause ohne besondere Zeichen der Entrüstung, aber auch ohne Ermüdung angehört. Abg. Liebknecht begann mit einem Angriff auf die officiöse Presse, welche die beruhigenden Erklärungen der Thronrede in ihr Gegentheil verkehrt habe. Wie im Innern gegen die Gegner der jeweiligen Regierung, werde im Auslande gegen Frankreich gehebt und dadurch der Eindruck hervorgerufen, als ob Deutschland auf Angriffe sinne. Herr Liebknecht belegte diese Auffassung durch Mittheilungen über die Stimmungen in französischen Regierungskreisen. Er seinerseits habe jede Gelegenheit benützt, davon zu überzeugen, daß die deutsche Nation im Falle eines Krieges völlig einig sein werde und daß der letzte Socialdemokrat bereit sein werde, das Vaterland zu verteidigen. Von dem Muth, den man gegen Frankreich zeige, möge man gegen Rußland besseren Gebrauch machen; es würde das Deutschlands würdiger sein. Im weiteren Verlauf der Rede erörterte Redner die Nachteile des Socialisten-Gesetzes und die geringen Erfolge der socialpolitischen Gesetzgebung, welche die Regierung f. Z. selbst als eine verbesserte Armenpflege bezeichnet habe.

Staatsminister v. Bötticher wollte die Rede Liebknechts nicht ohne Antwort lassen; aber diese Antwort ließ manches zu wünschen übrig. Der Charakterisirung der officiösen Presse stellte er die Erklärung gegenüber, die Regierung sei nur für ihre directen officiellen Rundgebungen und für den amtlichen Theil des Reichsanzeigers verantwortlich! Während Liebknecht ein würdigeres Verhalten Rußland gegenüber verlangte, erging sich der Minister in zuweilen etwas phrasenhaft klingenden Declamationen über die Würde der Vertretung Deutschlands im Auslande. Liebknecht hatte das Scheitern der Bewegung von 1848 bedauert; der Minister sprach mit charakteristischer Mißachtung von jener Bewegung. Er erklärte es für unpolitisch, die Bedeutung der socialpolitischen Gesetzgebung seit 1884 herabzudrücken; aber daß diese Gesetzgebung das Anwachsen der Socialdemokratie nicht verhindert hat, ist doch eine unleugbare Thatsache.

Nach einigen Worten des Grafen Behr (Reichspartei), welcher Sparfamkeit und Schuldentilgung empfahl, sprach Abg. v. Bennigsen die Hoffnung aus, die bürgerlichen Klassen würden stark genug sein, die Angriffe der Socialdemokraten zurückzuweisen; die Siege der letzteren würden den arbeitenden Klassen keine Erleichterung schaffen. Herr v. Bennigsen kam sodann auf die Marineforderung zu sprechen, die er als „sehr hoch und sehr überraschend“ bezeichnete.

So ganz ohne Anfechtung also, wie es vorgestern schien, dürfte die Marine-Anleihe, d. h. die Forderung des Neubaus einer Flotte von 28 Schiffen in 5 Jahren, den Reichstag doch nicht paßiren. Im Gegensatz zu dem Etatsredner der deutschconservativen Partei machten sowohl Graf Behr als v. Bennigsen einige bemerkenswerthe Vorbehalte. Beide unterschieden zwischen einer Vermehrung der Kriegsstärke, um dieselbe zum Schutz des Handels — v. Bennigsen sprach ausdrücklich von Hamburg — stärker zu machen, und dem Bau einer Schlachtflotte. Graf Behr wollte die letztere Frage nicht principiell ablehnen, hielt aber ebenso wie v. Bennigsen die Begründung nicht für ausreichend; was den Chef der Admiralität zu der schon in unseren heutigen Morgentelegrammen hervorgehobenen Erklärung veranlaßte, er habe die Ergänzung der Denkschrift den Verhandlungen in der Commission vorbehalten, um das Ausland nicht zu tief in unsere Karten sehen zu lassen. Die weitere Bemerkung, es sei nur Zufall, daß das Erscheinen der Denkschrift mit einem Wechsel der Personen in der Admiralität zusammentrifft, ist mit der wiederholt angeführten Rede des Vorgängers des Grafen Monts, des Generals v. Caprioli in der Reichstags-Sitzung vom 18. Januar d. J. schwer in Einklang zu bringen. Auch dieses Räthsel wird wohl seine Lösung in den Commissionsverhandlungen finden.

Die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes

über Berlin, Stettin, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig u. s. w. um ein weiteres Jahr ist Gegenstand eines Rechenschaftsberichts, welcher dem Reichstage soeben zugegangen ist. Daß die gleiche Maßregel nicht auch für Spremberg und Umgebung getroffen worden ist, wird in folgender Weise motivirt:

„Von einer Erneuerung dieser Maßregel über Spremberg ic. ist Abstand genommen worden, da in diesem Bezirke Anzeichen einer fortbauenden Agitation der Socialdemokratie nicht vorliegen und eine Beruhigung insoweit eingetreten ist, daß die erwähnten Maßregeln nicht weiter erforderlich erscheinen.“

Bekanntlich wurde im Mai 1886 über Spremberg der kleine Belagerungszustand in Folge von Excessen, welche bei der Rekruteneinstellung stattfanden, verhängt. Aus dem Umstand, daß die Regierung die Maßregel nicht erneuert hat, wird man schließen müssen, daß auch die Vorgänge vom Mai 1886 keinen socialdemokratischen Charakter gehabt haben.

In betreff der übrigen Gebietstheile hat nur in verhältnißmäßig geringem Umfange von der Befugniß des § 28 a. O. praktischer Gebrauch gemacht werden müssen. So ist aus Berlin keine, aus der Umgegend von Berlin nur eine Ausweisung verfügt worden. Die Genehmigung zur

Abhaltung von Versammlungen in Berlin ist in 67 Fällen — gegenüber 5598 Genehmigungen — und zur Verbreitung von Druckschriften in 5 Fällen — gegenüber 129 Genehmigungen — verlagst worden. In Stettin und Umgebung ist die Genehmigung zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen in 187 Fällen nachgesucht und in 4 Fällen verlagst. Verbote der Verbreitung von Druckschriften und Ausweisungen sind nicht vorgekommen.

Aus den Kreisen der ostafrikanischen Gesellschaft.

Von der 10 Millionen-Anleihe der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft ist es plötzlich wieder still geworden; es hat den Anschein, als ob die Vorgänge in dem Schoße dieser Vereine sorgsam vor der Öffentlichkeit gehütet würden. Macht doch heute die „Börsen-Zig.“ den etwas sehr auffälligen Versuch, in Abrede zu stellen, daß Herr Wismann bei der Ausführung der ihm übertragenen Expedition nach Madagaskar einen anderen Ausgangspunkt als die deutsch-ostafrikanische Küste in Aussicht genommen habe. In der Sitzung der deutschen Colonialgesellschaft vom 18. Nov. hat Herr Wismann erklärt:

„Ich würde nicht von (Deutsch-)Ostafrika, sondern von einem anderen Punkte ausgehen, wo auch passendes Trägermaterial verfügbar ist.“

Das genügt. Im übrigen ist es ja höchst ergötzlich, daß die beiden Concurrenten Dr. Peters und Herr Wismann, die anscheinend in sehr lebhaftem Verkehr mit den Berichterstattern englischer Zeitungen stehen, sich gegenseitig in den Schatteln stellen. Nach der „Times“ ist die Wismann'sche Expedition so ziemlich bedeutungslos, während der Berichterstatter der „Morning Post“ auf Grund einer Unterredung mit Herrn Wismann die Expedition des Herrn Peters für durchaus problematisch erklärt haben soll. Daß diese Taktik nicht dazu beiträgt, das deutsche Unternehmen in England in ein günstiges Licht zu stellen, liegt doch auf der Hand.

Heute bringt der „Standard“ eine interessante Nachricht. Darnach hat der Sultan von Zanzibar seine Zustimmung zur Blockade verweigert. Bisher hatte er die Zustimmung zu verweigern gewußt, weil er — krank war. Wenn sich die Meinung des „Standard“ bestätigen sollte, würde das Blockadeunternehmen in eine ganz neue Phase treten. Man würde erst die Zustimmung des Sultans erzwängen oder ohne dieselbe handeln müssen. Beides würde leicht zu unangenehmen Weiterungen Anlaß geben. Engländerseits hat man noch neulich im Parlament den Sultan ostentativ „unseren Bundesgenossen“ genannt. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen diese, wer weiß auf welche Einflüsse zurückzuführende Weigerung des Sultans einen üblen Strich durch manche Berechnung machen würde.

Oskar Lenz über die Zustände in Ostafrika.

Der berühmte Forschungsreisende Oskar Lenz richtete von Prag aus eine längere Zuschrift an die „Times“, in welcher derselbe eine Menge interessanter Streiflichter auf die Zustände in Ostafrika fallen läßt und zugleich seine Ansicht über die Wirkungen der projectirten Blockade äußert. Eine Verbindung zwischen der Bewegung des Mahdi und den Unruhen an der Zanzibar-Küste ist bis jetzt nicht nachweisbar. Diese letztere Bewegung ist lediglich das Werk der arabischen Eisenbahnhändler von Mascat. Diese letzteren, welche im Dienst der indischen Kaufleute in Zanzibar stehen und doch finanziell unabhängig von ihnen sind, verteidigen sich jetzt gegen die Wegnahme der Zollstationen von Seiten der Beamten der deutschen ostafrikanischen Gesellschaft, weil sie, ebenso wie die Indier, glauben, daß ihr Handel dadurch geschädigt wird. Lenz führt dann des weiteren aus:

Diese Araberfamilien in Mascat, welche seit Jahrhunderten Ostafrika als ihr Handelsmonopol betrachtet haben, fürchten, daß sie dieses Monopol verlieren werden, sobald europäische Colonisten an die Küste oder in's Innere gelangen. Früher trieben sie einen lebhaften Sklavenhandel; seitdem der Sklavenausfuhr aber von England Einhalt gethan worden ist, handeln sie ausschließlich in Eisenblech, wofür sie die ihnen notwendigen Waaren von den indischen Kaufleuten in Zanzibar erhalten. Es ist wahr, daß diese Araber Kriegsgefangene von den bekümpft Krieg führenden Stämmen des Innern kaufen. Sie brauchen die Gefangenen zu Lastträger, können sie aber nicht mehr an der Küste von Zanzibar verkaufen. Es ist möglich, daß gelegentlich ein kleines Gefäß mit Sklaven an Bord von der Suaheli-Küste nach Arabien gelangt, die Sklavenausfuhr en gros aber hat schon seit lange aufgehört. Deshalb wird die beabsichtigte Blockade nicht die erwartete Wirkung haben, weil seit lange keine Sklavenausfuhr in Mascat stattfindet. Der arabische Händler braucht viele Lastträger, und wenn er diese nicht mehr von den Stämmen des Innern kaufen kann, so ist es mit seinem Handel zu Ende. Andererseits können europäische Kaufleute niemals solche mühseligen Züge nach dem Innern unternehmen. Soll aber der Eisenbahnhändler in Zanzibar bestehen bleiben, so müssen die Araber den Handel einstweilen behalten. Erst wenn Fahrstraßen gebaut sind, kann sich die Sache ändern. Die wilden Negerstämme des Innern werden freilich auf lange Zeit nicht den Gedanken aufgeben, daß der Stärkere der Herr des Schwächeren ist, und hierin wird erst längerer Verkehr mit Europäern Wandel schaffen. Ich habe ferner niemals gefunden, daß die Araber sich als politische Herren der Districte, welche sie passiren, betrachten, sondern sie wollen dieselben nur für ihre Handelszwecke benützen. Auch sind diese Händler keine religiösen Fanatiker.

Lenz kommt schließlich zu dem Resultat, daß seiner Meinung nach die Blockade der Küste als Mittel der Unterdrückung des Sklavenshandels, welcher thatsächlich dort garnicht existirt, nicht die gewünschte Wirkung haben wird. Es ist jedoch höchst wünschenswerth, daß in geeigneter Weise

und mit Hilfe des Sultans von Zanzibar die Unruhen an der Küste unterdrückt werden, damit die Verbindung zwischen dem oberen Nil und Ostafrika endlich wieder hergestellt wird. Das größte Hinderniß in dieser Beziehung ist der Waganda-Stamm, denn es ist schwierig, den Waganda-District zu umgehen. Sollten sich die Unruhen jedoch nach Norden ins Innere ausbreiten, dann tritt die Gefahr ein, daß der Ausfall des Mahdi auch das Gebiet der Mascat-Araber und der unter ihrem Einfluß stehenden Negerstämme ergreifen wird. Dann wäre, wenn nicht schnell Hilfe kommt, Emin Pascha verloren, und Stanley ebenfalls, wenn er überhaupt noch lebt.

Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag.

Der unlängst zwischen Deutschland und der Schweiz vereinbarte Zusatzvertrag zu dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrage enthält folgende Zollermäßigungen:

Table with columns: Reducirter Zoll, Hehiger Zoll, and Mh. für 100 Kilogr. Items include Baumwollene Gütereien, Gewaltes Gold, Taschenuhren, etc.

Einfuhr in die Schweiz.

Table with columns: Item, 0.70, 0.80. Items include Portland-Cement, Kaffeesurrogat, Bier in Fässern, etc.

Die Oesterreich-Ungarn zugestandenen Zollreduktionen für Holz und Herrenhüte sind im Vertrag mit Deutschland als Bindung aufgenommen.

Die Tarife zum Zusatzvertrag enthalten außerdem die Bindung verschiedener bestehender Zölle; für die Einfuhr in Deutschland namentlich diejenigen betreffend Käse, verschiedene Sorten Baumwollgarne, Baumwollgewebe, Maschinen, gemischte Seidenbänder, Mollengarn etc. Ferner wird der bisherige zollfreie Veredelungsverkehr auf Garne zum Zwirnen und Seide zum Umfärben ausgedehnt. Ein Nachweis der einheimischen Erzeugung der Seide zum Färben oder Umfärben darf nicht verlangt werden.

Der Zusatzvertrag soll, neben dem bestehenden deutsch-schweizerischen Handelsvertrage vom 23. Mai 1881, am 1. Januar 1889 in Kraft treten und bis 1. Februar 1892 Geltung haben. Wenn zwölf Monate vor diesem Termin keine Kündigung erfolgt, bleiben die Verträge in Kraft bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der vertragsschließenden Theile ihn gekündigt haben wird.

Das französische Kriegsbudget.

In der Budgetcommission gab gestern einer telegraphischen Nachricht aus Paris zufolge Ribot eine Darlegung über die Arbeiten der Subcommission, welche mit der Vorprüfung des außerordentlichen Kriegsbudgets beauftragt ist. Die Subcommission hat erhebliche Herabsetzungen an diesem Budget vorgenommen. Ribot lehnte es ab, als Berichterstatter zu fungiren. Die Budgetcommission beschloß, den Kriegsminister Freycinet über eine Frage technischer Natur und den Finanzminister Petral über die den Ausgabeforderungen entsprechenden Einnahmen zu hören und sodann weitere Beschlüsse zu fassen.

Die italienischen Finanzen.

In der italienischen Deputirtenkammer legte gestern der Finanzminister, wie der Telegraph schon vorher angekündigt, das abgeschlossene Budget pro 1887/88, den Vorschlag pro 1888/89 sowie das Präliminare pro 1889/90 vor. Anträge auf Bewilligung außerordentlicher Credits für das Kriegsministerium und die Marine sowie sonstige Finanzmaßregeln, von denen in den Zeitungen die Rede gewesen ist, wurden von dem Minister nicht vorgelegt. Das Ergebnis dieser Budgets ist folgendes:

Der Rechenschaftsbericht pro 1887/88 hebt hervor, daß dank beträchtlicher Ersparnisse eine Reduktion des im Vorschlage angegebenen Deficits von 73 Millionen auf 57 Millionen erzielt ist. Aus den Rückständen wurde ein Ueberschuß von nahezu 5 Millionen erbracht, so daß das Deficit sich noch weiter auf 52 1/2 Mill. verminderte, welches von dem Staatsschatz getragen werden konnte in Folge der aus früheren Finanzjahren gebliebenen Bestände, die noch eine Reserve von 22 Millionen bilden. Nach dem richtig ge-

stellten Budget pro 1888/89 tritt eine Herabsetzung der veranschlagten Einnahmen aus der Fabrications-Abgabe, den Zöllen, sowie Tabak- und Salzsteuer, welche 26 Millionen betragen, um etwa 900 000 Lire ein. Auf Grund dieser Verminderung der Einnahmen und der Vermehrung der Ausgaben für öffentliche Arbeiten und der Erhöhung des Heeres- und des Marinebudgets steigert sich das Deficit des laufenden Finanzjahres von 37 Millionen, wie im Voranschlag angegeben, auf 48 Millionen. Nichtsdestoweniger bleibt der Dienst der Staatsschulden gesichert durch Bestände aus dem Finanzjahre 1887/88 vorausgegangenen Rechnungsjahren und durch schätzungsweise 48 Millionen. Der Voranschlag des Budgets pro 1889/90 nimmt eine Vermehrung der Einnahmen um 35 Millionen und eine Verminderung der außerordentlichen Ausgaben um 60 Millionen an. Die Lasten an Zinsen und Annuitäten, welche sich aus der Regelung des Eisenbahnbetriebes und den bereits bewilligten Neubauten ergeben, sind in dem ordentlichen Budget berücksichtigt, ebenso wie die Erhöhung von 19 Millionen in dem Heeres- und Marine-Budget.

Türken in Suakin?

In den letzten Tagen wurde in Konstantinopel behauptet, daß der britische diplomatische Vertreter in Aegypten dem Rhedive gerathen habe, mit Rücksicht auf die großen Ausgaben, welche die Vertheidigung Suakins dem ägyptischen Staatsschatz auferlegt, diesen Punkt entweder ganz aufzugeben, oder ihn irgend einer befreundeten Macht abzutreten, eventuell die Pforte zur Befehdung des genannten Platzes einzuladen. Der Rhedive habe von diesem ihm erteilten Rathe dem Sultan Mitteilung gemacht, welcher nach Anhörung des Ministerrathes beschloffen hätte, an den Rhedive ein Depesche zu richten mit der Aufforderung, unter keiner Bedingung Suakin den Sudaneseu oder irgend einer Macht preiszugeben. Diefelbe Mitteilung hätte des weiteren besagt, daß — falls der Rhedive in Folge zwingender Umstände Suakin aufgeben müßte — die Pforte schon ein Mittel zur Rettung dieses Platzes ausfindig machen würde; immerhin hätte aber die Pforte ihre Abneigung, ihrerseits gegen die Sudaneseu activ vorzugehen, durchblicken lassen.

Diese Version, welcher allerdings ein Körnchen Wahrheit zu Grunde liegt, ist in dieser Form nicht richtig. Der Rhedive hat keinerlei Anfrage nach Konstantinopel gerichtet und es gilt als im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß Sir Evelyn Baring ihm einen Rath über seinen Inhalt erteilt habe. Wohl aber hat der türkische Special-Commissar Mucktar Pascha neuerdings einen ausführlicheren Bericht an die Pforte gefendet, in welchem er der kaiserlichen Regierung dringend an's Herz legt, ohne Zeitversäumnis über die Entsendung türkischer Truppen nach Suakin schlüssig zu werden. Mucktar Pascha schildert die Lage in diesem Platze als eine überaus gefährliche und unhaltbare; dieselbe würde sich aber nach seiner Anschauung mit einem Schlage zum Guten wenden, wenn die Truppen des Rhalifen auf dem Plan erschienen, gegen welche — nach des türkischen Ober-Commissars Ueberzeugung — die Verdächtige niemals die Waffen erheben würden. Die Sudaneseu kämpfen — so führt er aus — gegen die ägyptischen Truppen, weil sie letztere nicht als Muslime, sondern als im Dienste der Engländer stehend betrachten. Unter solchen Umständen, meint Mucktar Pascha, wäre es der Pforte ein Leichtes, mit den Sudaneseu in Unterhandlungen zu treten, welche die Pacification jener Gebiete zur Folge haben würden.

Nügen nun diese Auseinandersetzungen des Pforten-Commissars noch so verlockend klingen, überzeugend wirken sie nicht, und es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die Pforte sich beugen wird, den Rathschlägen ihres Vertreters im Nillande ohne weiteres zu folgen. Vor allem scheint der Sultan nicht zu unterschätzende Bedenken zu hegen; abgesehen davon aber ist nicht anzunehmen, daß die Pforte greifbare Beschlüsse hinsichtlich einer Hilfsaction fassen werde, so lange sie nicht um eine solche von berufenen Seite angegangen worden ist.

Was nun die Art und Weise anlangt, wie die Pforte in Suakin festen Fuß fassen könnte, ohne mit Sudaneseu zusammenzustößen, so ist darüber nichts Näheres bekannt. Die Möglichkeit einer raschen Befehdung Suakins ist indessen gegeben. In den Gebieten von Dschedda und Mekha, wo früher nur vier türkische Bataillone lagen, befinden sich zur Zeit deren zwölf. Die Pforte könnte daher gegebenen Falles in der kürzesten Zeit 6 bis 8 Bataillone langt irgend einem gefährdeten Punkte an der Küste des Rothen Meeres werfen und würde immer noch hinreichende Truppenmacht in Sudarabien zurückbehalten. Die Ueberführung könnte mittelst der beiden Kanonenboote erfolgen, welche in den türkischen Häfen im Rothen Meere stationiren.

Reichstag.

4. Sitzung vom 28. November.

Die erste Berathung des Etats für 1889/90 wird fortgesetzt.

Abg. Liebknecht (Soc.): Ich knüpfe an die Thronrede an und gebe rüchloslos zu, daß ihr ruhiger, leidenschaftlicher Charakter mich überrascht hat. Der in den kaiserlichen Botschaften ausgeprochene Wille mag anzuerkennen sein, aber mit den Worten stehen die Thatfachen in Widerspruch. Unsere politische Lage ist nicht so friedlich, wie sie geschildert wird, der Ton der officiellen Presse beunruhigt systematisch das Volk. Man sagt, die Presse habe keine Bedeutung; warum legen wir aber der auswärtigen Presse eine so große Bedeutung bei und cilliren alle heftigsten Ausfälle jedes französischen und russischen Winkelblattes? Durch diese Taktik wird nicht nur das Mißtrauen im deutschen Volke erzeugt, sondern auch im Auslande. Die officiellen Presse ist ganz wesentlich daran schuld, daß das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommt. Unser Budget zeigt immer größere Ausgaben, um Deutschland kriegsbereit zu halten. Nach einer Zusammenstellung in der „Leipziger Zeitung“, einem Regierungsorgan, hat das Reich an ordentlichen Ausgaben gehabt 1872: 338 414 000 Mk., 1873: 324 1/2 Millionen, 1874: 344 Millionen, 1875: 395 Millionen, 1876: 505 Millionen, bis 1882 fand eine kleine Abnahme statt, in welchem Jahre die durchschnittliche Ziffer von rund 514 Millionen erreicht war, dann steigt es weiter auf 527, 607, 646, 775 und in diesem Etat auf 864 Mill. und mit dem außerordentlichen Etat zusammen auf 949 Mill., also nahezu 1 Milliarde. Das sind ungeheure Verhältnisse, die in der Art und Weise begründet sind, wie das deutsche Reich zu Stande gekommen ist. Nachdem der Versuch, 1848 ein freies einiges Deutschland von unten herauf durch das Volk zu Stande zu bringen, mißglückt war, wurde die Lösung der nationalen Frage in die Hände der Feinde der deutschen demokratischen Entwicklung gegeben. So wurde die Einigung von oben herab gemacht und auf die Schenke des Schwerts gestellt, und nun muß sie auch mit Gewalt

erhalten werden. Auf Bajonetten sieht es sich aber sehr unbedeutend und außerdem sind sie außerordentlich theuer. Man hat zwar das allgemeine Wahlrecht gegeben, aber damit steht die preussische Pickethaube im Widerspruch, und daran krankt das deutsche Reich und seine ganze Entwicklung. Schon bei der Gründung des Reichs wies ich auf die Gefahr hin, welche in der Annexion von Elsaß-Lothringen lag, und darauf, daß ein System der Unterdrückung Platz greifen würde, welches eine friedliche Entwicklung unmöglich machen müßte. Das hat sich alles erfüllt. Seit der Annexion steht man unter der Furcht der französisch-russischen Alliance. Sie halten sich allerdings für so stark, um das ganze Ausland im Zaume zu halten. Das Ding hat aber eine Grenze, wir sind am Ende unserer Leistungsfähigkeit angelangt. Glauben Sie, daß das deutsche Volk diese Steigerung der Ausgaben ruhig hinnehmen wird? Das Volk verlangt etwas für seine Ausgaben. Wir sind aber einmal auf den Boden der Gewalt getreten und müssen das Reich gewaltfam zusammenhalten. In keinem Lande der Welt, wenigstens in keinem Cultur-Staate — in Afrika mag es vorkommen — wird die Unterdrückung der politischen Parteien so systematisch betrieben, wie bei uns. Bei der großen Zahl der Socialistenprojekte, bei der Anklage gegen Dutzende von Leuten, von denen niemand sagen kann, daß sie Verbrecher sind, die nur für ihre Ueberzeugung eingetreten sind, wogegen die politischen Verfolgungen früherer Zeiten ganz verschwinden, heißt es: wir haben unser politisches Ideal in Deutschland erfüllt. Muß das Volk nicht empört sein über diese Feinde? Wie kann das Ausland da unsere Verhältnisse für gesund und uns für einig halten und Respekt vor uns haben? Trotz der Cartellmehrheit im Reichstag haben die Reichsfeinde bei den Wahlen die Mehrheit der Stimmen gehabt. Wenn man einen so großen Theil der Wähler als Reichsfeinde bezeichnet, müssen in Frankreich chauvinistische Gedanken erregt werden. Gott sei Dank glaubt man im Ausland diesen Blödsinn nicht. Wenn es gelten würde, dann würden wir zwar keine Reichsfeinde sein, aber doch nicht duben, daß das deutsche Vaterland verkleinert wird. (Na! Na! rechts.) Wir gehören nicht zu den „Erbfeinden der Nation“, welche 1806 das Vaterland verrathen haben. Wir sind von französischer Seite aufgefodert worden, Landesverrath zu üben, haben das aber zurückgewiesen! (Beifall links.) Unsere Soldaten würden man in Frankreich nicht fürchten, wenn wir alle Reichsfeinde wären, aber ein einziges deutsches Volk ist es, was man fürchtet. Einflußreichen französischen Politikern gegenüber habe ich keinen Zweifel gelassen, daß wir im gegebenen Falle bis zum letzten Socialdemokraten verpflichtet seien, gegen Frankreich zu marschiren. Die französische Presse ist viel ruhiger und objectiver Deutschland gegenüber. (Lachen rechts.) Sie lesen Blätter, die keinen Einfluß haben, ich aber lese die maßgebenden und stehe mit genau unterrichteten Leuten in Verbindung. Ich selbst habe in Frankreich die Ansicht verbreitet gefunden, auch in Offizierskreisen, daß Deutschland Frankreich angreifen würde, daß es auf eine Wiederholung von 1792 hindeute und die französische Republik aus dem Wege schaffen wolle. Auf diesen Gedanken kommt man durch unsere Presse. Für die französische Presse ist die Regierung nicht verantwortlich, dieser liegt nichts daran, was „Figaro“ und andere Schimpf- und Schandblätter schreiben; aber anders ist es bei uns, wir sind darin rüchlosigen Zuständen nahe gekommen. Der Replikensfonds übt einen großen Einfluß auf unsere Presse aus, und im Ausland vermag man nicht zu unterscheiden, ob ein Artikel der „Nordd. A. Ztg.“ nur die Ansicht ihres Redacteurs ausdrückt, oder die einer hinter ihm stehenden mächtigeren Person. So entsteht die Giffaart durch die Cartellpresse in Beziehung auf das Ausland. Der Reichstag müßte dafür sorgen, daß die ewigen Verheugungen und das Säbelraffeln aufhöre. Abwiesend geht es auch gegen Rußland. Jetzt will man Rußland aber mit Gewalt gewinnen. Was hat aber das Mettrichien vor Rußland genüßt? Was hat unsere bulgarische Politik genüßt? Von Rußland können wir den Frieden niemals bekommen. Rußland kann seine Eroberungspolitik nicht aufgeben. Wir sollten uns mit Frankreich auf freundschaftlichen Fuß stellen. (Lachen rechts.) In Frankreich herrscht jetzt das demokratische Prinzip, und diese Entwicklung will man seitens Deutschland fördern. Frankreich kann in seinen jetzigen Verhältnissen an Krieg nicht denken; das heißt die Republik vernichten. Das Deutsche Reich muß wüthiger auftreten und nicht so nervös, daß heute heißt, morgen halt gelassen wird. Man will das Deutsche Reich nicht zur Ruhe kommen lassen. In keinem Lande habe ich bei den Wahlen eine solche Verheugung gefunden wie hier bei uns, wo man sich gegenseitig vorwirft, das Land verrathen zu wollen. Heute wird jeder Reichstag oder Landtag mehr oder weniger ein Anglistprodukt sein, so lange die officiellen Presse fortgeht. Das ist unwürdig, das ist nichtswürdig! — Unsere innere Entwicklung leidet ebenso unter dem Druck der indirecten Steuern. Seit 1872 sind die Zölle um 185 pCt. gestiegen, die Branntweinsteuer um 477 Proc., die Brau- und Biersteuer um 51 Proc., die Salzsteuer um 64 Proc. Diese Last wird wesentlich von der arbeitenden Klasse getragen, und hier muß unter allen Umständen Wandel geschaffen werden. Mit dieser Last geht Hand in Hand der Druck von oben, erst die Ausnahmemaßregeln gegen das Centrum, dann gegen die Socialdemokraten. Seitdem der zum Glück für Deutschland bestellte Minister v. Puttkamer gesagt hat, hinter jedem Gewerkeverein stehe die Hydra der socialen Revolution, glaubt jeder Polizeibeamte, das Socialistengesetz so auslegen zu müssen, daß es heute geht wie in Frankreich unter dem Schreckensregiment und selbst die Richter Ekel davor empfinden. Man hält uns das Zuckerbrod der sogenannten Socialreform vor, aber es ist nicht einmal Brod, sondern nur Stein. Auf den Namen Socialreform hat nur Anspruch, was die sociale Frage aus der Welt schafft, so daß die Erzeuger der Werthe auch Besitzer derselben werden. Eine Regelung der Arbeit, das ist Socialreform. In der ersten Denkschrift zum Unfallgesetz war es ja ausgesprochen, daß es sich nur um eine andere Organisation der Armenpflege handelte. Mit allen Ihren socialpolitischen Gesehen haben Sie nicht einem Menschen eine Unterstüßung gesichert, die er nicht schon vorher ohne diese Gesehe gehabt hat. Niemand ist mit Worten ein solcher Mißbrauch getrieben worden wie jetzt. (Gehr richtig! Lachen rechts.) Einer socialen Reform widerstreben auch wir nicht, aber es muß auch wirklich eine sein. Wir haben darauf keinen Einfluß; wir können die Entwicklung des Volkes weder friedlich noch kriegerisch beeinflussen; machen wir heute einen Putsch, so schließen Sie uns zusammen. Mancher würde sich ja darüber freuen. (Widerpruch rechts.) O ja, es wird darüber mehr veröffentlicht werden als Ihnen lieb ist. Wir haben eine bessere Polizei als Sie. (Gehört.) So lange in Deutschland das persönliche Regiment herrscht und jeder, der nicht mit dem Strome schwimmt, als Reichsfeind verkehrt wird, wird das Volk nicht zur Ruhe kommen. Es ist hier neben mir einmal gesagt worden, wir fürchten nur Gott, sonst nichts auf der Welt. Von der Furcht Gottes habe ich, offen gesprochen, nicht viel gemerkt, aber außerordentlich viel schon von der Furcht anderer. Dieser Reichstag ist ja selbst ein Anglistprodukt genannt worden. Erst machte man Angst vor dem rothen Gespenst, dann kam die Franzosenfurcht. Nachdem man der Judenhege müde geworden, von der ein deutscher Kaiser gesagt hat, sie sei eine Schande des Jahrhunderts, heißt man gegen Engländer und Engländerinnen (Lachen rechts), gegen höhere Personen. (Unruhe rechts; Ruf: Woher wissen Sie das?) Sie erinnern sich wohl nicht mehr, was während der kurzen Regierung des Kaisers Friedrich III. in der conferativen Presse vorzugsweise geschrieben wurde? Wenn das annähernd, auch nur andeutungsweise, gegen den vorigen Kaiser in irgend einem Oppositionsblatte vorgekommen wäre, tausende und tausende von Anklagen wegen Majestätsbeleidigung wären erobert, Hunderttausende von Jahren Zuchthausstrafe zuerkannt worden. (Gehr richtig! links.) Während so die Zwietracht im Innern

wächst, steigen unsere Küstungen nach außen. Graf Moltke hat einmal gesagt, diese kolossalen Küstungen führten mit Naturnothwendigkeit zu einer Katastrophe. Gollen wir denn so wahnfinnig sein, auf diesem Wege der Inhumanität, Brutalität und Barbarei fortzufahren und nicht lieber das gleich thun, was wir später doch thun müssen, nachdem Millionen hingemuehelt sind? Wenn unsere Regierung sich dazu entschließt, eine internationale Abrüstung vorzuschlagen, jede Regierung, die sich einem solchen Vorschlage widersetzen würde, wäre dem Untergange geweiht. Die Politik der Macht hat längst Bankrott gemacht: siehe den Gang Bismarcks nach Canossa, und daß das Socialistengesetz zum Lobe verurtheilt ist, wissen Sie selbst. Auch mit den Steuergefahren hat man Fiasco gemacht. Sie können nicht mehr leugnen, daß die Kornzölle das Brod vertheuern. England hat seine Kornzölle aufgehoben, als es auf dem Weltmarkt nicht concurrenzen konnte; wir müssen uns zu derselben Maßregel entschließen. Was die Colonialpolitik betrifft, so haben wir die Katastrophe vorausgesehen. Colonialpolitik sollte man in Deutschland selbst treiben. Wenn bei uns der Arbeiter täglich 10 bis 20 Pf. mehr Lohn bekäme, so wäre damit wirtschaftlich mehr erreicht, als durch die ganze Ausfuhr nach Afrika. Und worin besteht unsere „christliche“ Culturarbeit dort? In der Einfuhr von schlechtem Schnaps, Pulver, Flinten und Bajonetten. Man kann gar nicht einmal bestimmen, was Schlawerei ist, und wenn man nicht gegen die Contract-Schlawerei Front macht, so sind alle neuesten Schritte gegen die Schlawerei überflüssig. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, die Wahrheit ungeschminkt zu sagen. Von dem deutschen Bürgerthum ist leider nicht zu hoffen, daß es die jetzige extreme Politik niederwirft. Der Bürgerkrieg wird von oben herab herabgeführt in der Hefe gegen die Socialdemokraten. Zum Glück für Deutschland hat eine Klasse noch Ideale, nämlich das Proletariat. Es muß jedem Respekt einflößen, wenn der deutsche schußlose Arbeiter mit hungrigem Magen, getragen von Besserung, nach seiner Ueberzeugung stimmt und sein Schicksal aufs Spiel setzt. Unter der Fahne der Socialdemokratie wird Europa zur allgemeinen Verbrüderung gelangen. Wir stehen dem jetzigen System und dessen Trägern principiell feindlich gegenüber und bewilligen deshalb diesem System keinen Mann und keinen Groschen! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssecretär v. Bötticher: Die Rede des Vorredners richtet sich an die Arbeiterwelt, um ein verloren gegangenes oder in's Schwanken gerathenes Terrain wiederzugewinnen. Die Angriffe richten sich weniger gegen die ausgesprochene Politik der Regierung als gegen die Politik, welche in der officiellen Presse dargelegt wird. Die officiellen Presse wird nachgerade ein Mythos (Widerpruch im Centrum u. links); jeder hält das für officiell, was ihm nicht gefällt. Ich rathe ihm, in Zukunft nur das zu glauben, was die verb. Regierungen selbst aussprechen oder was im amtlichen Theile des „Reichsanzeigers“ steht. (Gehört.) Die Klagen über die steigenden Staatsausgaben haben doch nur einen Zweck, wenn nachgewiesen wird, daß die Ausgaben irrational sind, oder daß sie die Leistungsfähigkeit des Volkes übersteigen. Die Militärausgaben sind ja allerdings sehr hoch, aber die allgemeine Abrüstung ist doch ein eigen Ding. Man kann darüber eine Ueberstimmung unter Mächten erzielen, aber eine Garantie für die Aufrechterhaltung eines solchen Abkommens kann kein Mensch übernehmen. Wenn der Vorredner behauptet, daß 1848 die Gründung des deutschen Reichs nicht glücklich sei, so möchte ich das deutsche Reich wohl sehen, welches aus der Bewegung von 1848 hervorgegangen wäre. (Gehr richtig! rechts.) Ueber die auswärtige Politik will ich mich nicht verbreiten, weil sie meines Amtes nicht ist. Wenn aber der Vorredner fragt, ob die staatsmännliche Weisheit darin besteht, daß man Conflicte mit auswärtigen Staaten hervorruft, so erblicke ich mir den Nachweis, wo Fürst Bismarck solche Conflicte hervorgerufen hat? (Zuruf: Sabe ich nicht gesagt!) Gerade vermöge der conflictirenden Politik des deutschen Reichs führen wir in Europa ein stilles und ruhiges Leben. (Gehr richtig! rechts.) Hr. Liebknecht wünscht, daß das deutsche Reich etwas würdiger dem Auslande gegenüber aufträte. (Abg. Bebel: Rußland gegenüber!) Wenn der Vorredner noch ein größeres Maß von Würde verlangt, dann sind seine Ansprüche sehr hoch. Ich beklage die Belastung des Volkes mit Steuern ebenso wie er, aber zu ändern ist hier nichts. Der Vorredner beklagt die Ausnahmeseße und die mangelhafte Socialreform. Die verbündeten Regierungen sind sich sehr wohl bewußt, daß mit dem, was auf dem Gebiete der Gesehgebung geschehen kann, nicht durchweg alle Uebelstände beseitigt werden können; allein die Hand in den Schoß legen, dazu konnten sie sich nicht entschließen. Sie würden das für Pflichtverletzung gehalten haben. Dem Vorredner genügt das nicht, er will die socialen Verhältnisse fundamental ändern. Wir suchen uns den einzelnen Uebelstände aus und suchen einen gangbaren Weg zu ihrer Besserung. Mit allgemeinen Maßregeln nach dem Grundsatze des socialdemokratischen Dogmas würden wir weniger Erfolge haben. Es ist eine positive Täuschung, wenn man die Erfolge unserer socialpolitischen Gesehgebung zu niedrig anschlägt. Heute liegt die Sache so, daß der größte Theil unserer Arbeiter gegen Krankheit versichert ist. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.) Bei der überwiegenden Zahl der deutschen Arbeiter ist der Unglücksfall, der ihn bei der Arbeit betrifft, nicht so schwerwiegend wie früher. Es ist nicht richtig, daß die socialpolitische Reform als eine verbesserte Armenpflege bezeichnet ist. (Zuruf: 1881!) Da ist wohl nur gesagt, daß eine Folge der Gesehgebung eine Verminderung der Armenlast sein würde, und selbst wenn das damals gesagt sein sollte, so ist es nicht zur Wirklichkeit geworden, denn die Armenpflege gewährt nur 55 Mk. Unterstützung per Kopf. Das ist schon deshalb keine Armenpflege, weil die Arbeiter selbst dazu beitragen. Der Hinweis auf das politische und wirtschaftlich so glückliche Frankreich wird bei uns nur Dank dafür hervorgerufen, daß wir keine französischen Zustände haben. (Beifall rechts.) Wenn der Vorredner unsere ganze Politik als eine Politik der Verheugung bezeichnet hat, so gebe ich diesen Vorwurf ihm und seinen Freunden zurück. (Abg. Bebel: Wo ist denn die Presse!) Die in der socialdemokratischen Presse vorgekommene Verheugung hat noch nicht ihres Gleichen gefunden. Die Politik der Regierung ist auf Verhöhnung gerichtet. Können wir Ihre Mitarbeit dazu gewinnen, so werden wir dieselbe mit Freuden entgegen nehmen. So lange Sie das nicht thun, halten wir unsere Politik für die richtigere. (Cebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf Behr (Reichsp.) weist zunächst darauf hin, daß die Freisinnigen nur noch mit Hilfe anderer Parteien gehalten seien. Das Volk habe sich von ihnen abgemendet, weil es einen Fortschritt wünsche. Durch die Ausführungen des Herrn Liebknecht werden wir uns die Freude am neuen deutschen Reich nicht verkümmern lassen. Bezüglich des Etats bin ich nicht der Ansicht des Hrn. v. Wedell, daß der Stand des Etats ein sehr glücklicher ist. Ich habe früher schon angeführt, daß wir die Höhe der Einnahmen erreicht haben, die zu erreichen ist. Die Kräfte sind erschöpft. (Hört! links.) Ich glaube nicht, daß Branntwein und Zucker mehr Einnahmen als jetzt ergeben werden. Neue Steuern und neue Zölle können kaum eingeführt werden; dann haben wir aber alle Veranlassung, uns der größten Sparsamkeit zu befleißigen. Die Erhöhung der Ausgaben beträgt 5 Mill. Mark; gegen die einzelnen Ausgabevermehrungen wird sich wenig sagen lassen, aber in jedem Jahre nehmen wir neue Anleihen auf, die in jedem Jahre den Etat verstärken. Wir haben keine Amortisation der Reichsschuld. Wo soll das hinkommen? Wir müssen die Schulden doch abzahlen und uns einschränken. Die Commission wird die Aufgabe haben, zu prüfen, was unbedingt nötig ist und was aufgehoben werden kann. Zu den zu prüfenden Ausgaben rechne ich auch die für die Marine. Man scheint von dem früheren Wege abgehen zu wollen. Die Begründung ist nicht klar genug, es müssen in der Com-

mission noch weitere Erklärungen gegeben werden; es ist garnicht nachgewiesen, daß die Schiffe auf deutsche Werften in so kurzer Zeit gebaut werden können, und daß sie nachher mit Befähigung versehen werden können. Hr. Richter bestrittet, daß wir uns in colonialpolitische Abenteuer einlassen würden. Der Reichshandler hat sich oft dagegen ausgesprochen. Was zur Vertheidigung des Vaterlandes nötig ist, werden wir natürlich bewilligen. (Beifall rechts.)

(Schluß in der Beilage.)

Deutschland.

* Berlin, 28. Novbr. Wir meldeben bereits, daß in den Reichshaushaltsetz für 1889/90 auch ein neuer Posten von 60 000 Mk. eingestellt sei, um die Feldmarschälle Graf Moltke und Graf Blumenthal in ihrer Charge dem Heere zu erhalten. Für die Stelle, welche Feldmarschall Graf Moltke als Chef der Landesvertheidigung bekleidet, ist ein Gehalt nicht ausgeworfen; ebenso wenig für die Stelle eines Generalinspecteurs, die Graf Blumenthal inne hat. Es rührt dies daher, daß bei Schaffung jenerstellungen ausschließlich fürliche Personen als deren Inhaber in Betracht kommen. So war Kaiser Friedrich als Kronprinz Chef der Landesvertheidigung gewesen, und so ist Graf Blumenthal auch bis jetzt der einzige General-Inspector, der keinen fürlichen Rang besitzt.

* Berlin, 28. Novbr. Auf die Nachricht von dem Tode des schweizerischen Bundespräsidenten Hertensstein hat der Staatsminister Graf Herbert Bismarck in einer Note an den hiesigen Gesandten der Schweiz die aufrichtige Theilnahme der kaiserlichen Regierung an dem schweren Verlust ausgesprochen, welchen Volk und Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft erlitten haben.

* [Hofpredigerstelle.] Die „Kreuz-Zeitung“ demenirt eine Blättermeldung, wonach der Pfarrer v. Gendewitz in Frankfurt a. M. eine ihm von der Kaiserin Friedrich angebotene Hofpredigerstelle in Kronberg abgelehnt hätte, mit dem Bemerkung, daß in Kronberg eine Hofpredigerstelle bis jetzt überhaupt nicht vorhanden, das dortige evangelische Pfarramt aber gegenwärtig nicht erledigt sei, also auch nicht neu besetzt werden könne.

* [Das Reservekapital nach dem Alters- und Invalidenversicherungsgesetz.] Als Aufbringungsart der Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeiter ist bekanntlich das Prämienystem gewählt worden. Die Begründung führt in Beziehung auf das dadurch anzusammelnde Reservekapital aus:

„Die zu Anfang der Versicherung verhältnismäßig geringen Ausgaben der Versicherungsanstalten für Renten haben die Ansammlung eines Reservekapitals zur Folge. Die Zinsen dieses Kapitals müssen späterhin, wenn die Jahresausgabe für Renten größer ist als die Jahreseinnahme an Beiträgen, die Differenz zwischen Ausgabe und Einnahme ausgleichen. Von großem Interesse ist es, zu wissen, bis zu welchem Betrage dieses Kapital allmählich anwachsen wird. Eine zuverlässige Berechnung dieses Betrages ist indessen nicht möglich. Einerseits ist nicht vorauszusetzen, welche Abänderungen die späteren regelmäßigen Revisionen der Beiträge ergeben werden, andererseits fehlt auch jeder Anhalt dafür, welche Verschiebung in den Ortslöhnen eintreten wird und ob und wie viel Personen, welche in Folge Aufgebens einer die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigung dem Versicherungszwange entzogen werden, von der ihnen nach dem Gesehenswurf zustehenden Berechtigung, gegen Zahlung der vollen Beiträge die Versicherung freiwillig fortzusetzen, Gebrauch machen werden. Man muß sich deshalb mit einer annähernden Schätzung des gedachten Kapitals begnügen. Geht man dabei von denselben Annahmen aus, welche der Ermittlung des Reichszuschusses zu Grunde gelegt wurden, so werden die Versicherungsanstalten an Jahresrente im 1. Versicherungsjahre etwa 7,66 Mill. Mk.,

2.	9,70	„	„
3.	13,52	„	„
4.	17,02	„	„
5.	20,22	„	„
6.	25,22	„	„
7.	31,76	„	„
80.	158,46	„	„

zu verausgaben haben. Die Jahreseinnahme an Beiträgen abzüglich Verwaltungskosten stellt sich bei 11 018 000 Personen auf

62 346 830 Mk. von den männlichen und
17 870 160 „ von den weiblichen Personen,
zus. 80 216 990 Mk.

Demnach wird an Kapitalbestand unter Anrechnung von 3/4 Proc. jährlicher Zinsen und Zinseszinsen am Schluß des

1. Versicherungsjahres etwa 73,83 Mill. Mk.,
2. „ „ „ 148,16 „ „
3. „ „ „ 221,21 „ „
4. „ „ „ 293,26 „ „
5. „ „ „ 364,57 „ „
6. „ „ „ 433,29 „ „
7. „ „ „ 497,76 „ „
80. „ „ „ 2313,76 „ „

vorhanden sein. Etwa gegen Ende des 17. Versicherungsjahres dürfte sich der Kapitalbestand auf 1000 Millionen Mark stellen.“

* [Im Auswärtigen Amte.] gilt die Ernennung zweier vortragenden Räte als bedenklich; außerdem kommen demnächst wieder einige Stellen im diplomatischen und Consulatsdienst zur Besetzung.

* [Neues Säbelmodell.] Es heißt, daß nunmehr in Kürze ein neues Säbelmodell für die Infanterie-Offiziere des preussischen Heeres zur Einführung gelangen soll, und zwar wird versichert, daß der Säbel der österreichischen Infanterie-Offiziere in Aussicht genommen sei, um mit geringen Abänderungen am Rorbe die zukünftige Waffe des preussischen Infanterie-Offiziers zu werden.

* [Pferde-Entschädigungsgelder für Offiziere.] Wie verlautet, besteht die Absicht, künftighin allen berittenen Offizieren des Reichsheeres Pferde-Entschädigungsgelder zuzuwenden, dafür aber alle Rationen in Wegfall kommen zu lassen, für welche Pferde in natura nicht gehalten werden.

Gotha, 27. November. Das herzogliche Staatsministerium will, nach dem Vorbilde der Provinz Sachsen, im Herzogthum eine Haushaltungsschule für junge Mädchen einrichten.

Darmstadt, 28. November. Der Großfürst und die Großfürstin Sergius von Rußland sind heute Vormittag, von Florenz kommend, zum Besuche der großherzoglichen Familie hier eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 28. Novbr. Nachrichten aus Havre bekräftigen, daß in der vergangenen Nacht Diebe in die Bureaus des deutschen Consulats daselbst

Neue Synagoge.
Gottesdienst. Freitag, 30. November, Abends 4 Uhr.
Sonabend, 1. Dezember, Vorm. 9 Uhr. Neumondsweihe. Predigt 10 1/4 Uhr. (6611)
Die Geburt eines kräftigen Anbaben zeigen hoch erfreut an Wilhelm Anger und Frau, Luise geb. Birchner.

Zwangsvorsteigerung.
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im Grundbuche von Dirschau, Band XI, Blatt 15, Littr. A Nr. 218, auf den Namen des Brunnenbauers Hermann Fetske zu Dirschau eingetragene, zu Dirschau belegene Grundstück am 23. Januar 1889,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, versteigert werden.
Das Grundstück ist mit 80 M Reinertrag und einer Fläche von 3 Ar 81 Quad. Mtr. zur Grundsteuer, mit 720 M Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt.
Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchs, etwaige Abmachungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei IV. des unterzeichneten Gerichts eingesehen werden.
Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Gebührens oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufpreises gegen die berechtigten Ansprüche in keine Rücksicht zu nehmen.
Diesenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird
am 24. Januar 1889,
Vormittags 9 Uhr, (6601)
an Gerichtsstelle verkündet werden.
Dirschau, 26. November 1888.
Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.
1. In unserm Firmen-Register ist bei der unter Nr. 415 eingetragenen Firma M. Jastrower vermerkt, daß dieselbe auf den Fabrikanten und Kaufmann Max Jastrower zu Marienburg übergegangen ist.
2. In unserm Firmen-Register ist unter Nr. 436 die zu Marienburg bestehende Handels-Niederlassung des Fabrikanten und Kaufmanns Max Jastrower dafelbst unter der Firma M. Jastrower zufolge Verfügung vom 20. November 1888 eingetragen. (6602)
Marienburg, 20. Novbr. 1888.
Königl. Amtsgericht III.

Bekanntmachung.
In unserm Genossenschaftsregister ist bei dem unter Nr. 1 eingetragenen Vorshuf-Verein Neumark M. B. in Galtje 4 heute Folgendes eingetragen:
Der bisherige Director des Vorshuf-Vereins, Kreis-Ausschuß-Secretair Liedtke in Neumark, dessen Wahlperiode mit dem 31. Dezember cr. abläuft, ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 14. Oktober cr. als Director für die Zeit bis zum 31. Dezember 1891 wieder gewählt worden. (6624)
Loebau M. B. d. 26. Nov. 1888.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.
Mit dem 1. Dezember cr. tritt der Nachtrag 8 zum Lokal-Blätter-Tarif vom 1. Januar 1878 in Kraft, welcher Ausnahmefreiheiten für Ruben und Rubenschnitten, sowie für Kalbschlamm enthält.
Der Nachtrag ist auf den diesseitigen Stationen käuflich zu haben, auch ertheilen letztere über denselben Auskunft. (6619)
Danzig, 29. November 1888.
Die Direction der Marienburg-Mlawhaer Eisenbahn.

Nach Liegenhof und Elbing
werden Waaren per Dampfer prompt befördert.
Ad. von Riesen.
Coose
der Köner Dombau-Lotterie a 350 M.
der Weimar'schen Kunst-Ausstellungslotterie a 1 M. zu haben in der Expedition der Danziger Sta.-Weimar'schen Kunstausstellungslotterie, Hauptgewinn 25 000 M. Coose a 1 M.
Seltene Köner Dombau-Lotterie, Hauptgewinn 75 000 M. Coose a 350 M. bei (6616)
Eb. Berlina, Gerbergasse 2

Roncegno, Levico,
stark und schwach,
à Flasche 1 M., directen Bezuges empfiehlt
Die Niederlage natürlicher Mineralbrunnen
Hermann Liebau,
Seitmarkt 1. (6613)
Tägliche frische Koch- und Tafelbutter empfiehlt
A. Jast.

Ein Paar gute Brau-Schimmel sind zu verkaufen.
R. Krüger,
Hundegasse 34. (6631)
20 Ochsen,
dreijährig, gut angefüllt, stehen zum Verkauf. Dom. Wiskau bei Sohenstein Westfr. (6600)

Für Diabetiker!
Gacharin,
garantirt frei von Zucker und Rohlehydraten (6612)
Hermann Liebau,
Apotheke und Drogerie.

Harz-Räschen,
frische Kieler Bücklinge,
fr. Pommerische Gänsebrüste,
beste Goth. Cervelatwurst
empfehlen (6636)
Marz Lindenblatt,
Seitl. Geißgasse 131.

Gries. Weizen-Großgries, beste Kindernahrung, ohne Mais- oder Reis-Beimischung, fein, mittel und stark, sowie bestes hochfeines
Kaiser-Auszugsmehl
dem Wiener gleiches, liefert als Specialität in hübschen 9/2 Pfd.-Beuteln franco durch ganz Deutschland für 2,50 M. per Nachnahme. Bahnposten per Pfund 18 1/2 Pf. excl. Sach frei Bahn hier.
C. Gasse, Guben.
Weihnachtsmehl-Bestellungen erbitte bald.

Achtung!
Aufmerksam zu machen erlaube ich mir die Herren Restaurateure und Wiederverkäufer auf meine eingetroffenen billigen Sorten Zylinder u. Simburger Käse, empfehle auch delicate Nollmöpfe v. ganzen heringen. Ergebenst
Marz Reising, Köpfergasse 7.
Summi-
Schalkarten, Cravatten, Rämme, Hofenträger, Schürzen, Cäcken, Bälle, Kuppen
empfehlen
Summiwaaren-Fabrik
C. Hopf, (6027)
10 Mahlhausegasse 10, 117, Breitgasse 117.

Rohlenäure-Bierdruck-Apparate,
mit und ohne Cuffkessel (Automaten). Ruffige Rohlenäure in eisernen Flaschen liefert in bekannter Güte, und alle Cuffdruck-Apparate ändert ab (6475)
J. W. Neumann,
Logen-Deconom.

Altes Kupfer,
Einrichtungen von Brennereten, Destillier-Apparate, kauft und zahlt die höchsten Preise die Metallgießerei von
Schulz,
Danzig, Köpfergasse 3.
Alte Metalle
zum Einschmelzen, sowie Papierstücke, Emballage und Halenelle kauft zu höchsten Preisen
S. Bachmann, Büttelgasse 3.

Frachs
sowie ganze Anzüge werden stets bescheiden Breitgasse 36 bei
J. Baumann.
Rutcher-Röcke,
Rutcher-Mäntel
m. pass. Belagungen empfehlen preiswerth J. Baumann, Breite 33.

Gold und Silber
kauft stets und nimmt zu vollem Werth in Zahlung
G. Geeger,
Juwelier u. Goldschmied,
Goldschmiedeg. 22.

Kartoffeln. (6635)
Gute haltbare Speisekartoffeln empfiehlt billigt die Kohlenhandlung und Kartoffel-Niederlage von R. Gehrke, 3. Schiffsaße 3.
Bauporzellen-Verkauf
In günstiger Stadtage, am Wasser gelegen, sind ca. 40 000 Quadratfuß in 8 großen Parzellen freihändig zu verkaufen. Kaufpreis und Bedingungen günstig.
Alles Nähere bei (6610)
Marz Land, Danzig, Köpfergasse 6, 1.

Die Grundstücke
Petersilienstraße 10 und 11 in welchen seit vielen Jahren ein Fleischergeschäft betrieben wurde, werden zu Zwecken der Auseinandersetzung zwischen den Pächtern Erben am 10. Dezember cr., Vormittags 10 1/2 Uhr vor dem kgl. Amts-Gericht XI hier selbst öffentlich versteigert. Reflectanten mache ich hierauf mit dem Bemerken aufmerksam, daß nähere Auskunft im Bureau des Herrn Rechtsanwalts Behrendt, Jovengasse 17 ertheilt wird. (6595)
Paul Bittner.

Ein Paar gute Brau-Schimmel sind zu verkaufen.
R. Krüger,
Hundegasse 34. (6631)
20 Ochsen,
dreijährig, gut angefüllt, stehen zum Verkauf. Dom. Wiskau bei Sohenstein Westfr. (6600)

Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Soeben erschien Ausgabe II 1888 der
Wohnungsliste
der Offiziere und Beamten der Garnison Danzig.
Preis 25 Pf.
Dieser Wohnungs-Nachweis der sämtlichen Offiziere und Beamten der Garnison Danzig, nach offiziellen Quellen zusammengestellt, erscheint jährlich zweimal. Die nächste Ausgabe wird Anfang April 1889 veranstaltet werden. — Die Namen der verheiratheten Offiziere und Beamten sind besonders kenntlich gemacht.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Modell-Costumes, Mäntel, Umnahmen und Jacken zu herabgesetzten Preisen
empfehlen (6630)
Amort u. Bolzio,
Langgasse 35, erste Etage.

Weitberühmt sind die Dogskin-Handschuhe.
Weich und schmiegsam mit haltbarster doppelt gesteppter Naht von unübertroffenem Sitz fast „unzerreissbar“.
Mein jetziges grosses Sortiment in selten schöner Qualität empf. zu besonders günstigen Einkäufen. (6576)
Depot bei
A. Hornmann Nachf.
51, Langgasse 51, nahe dem Rathhause.

Zum Weihnachtsfest
bietet der
Ausverkauf
meines grossen Lagers von Gold-, Silber- und Alfenidwaren sowie sämtlicher Corall- und Granat-Schmucksachen beste Gelegenheit zu vortheilhaften Einkäufen.
Kaiser Friedrich-Broschen à 1 Mark.
E. Kasemann,
Langgasse 66 I, Langgasse 66 I, vis-à-vis der Post. (6385)

Meinen geehrten Kunden hiermit die ergebene Anzeige, daß mein Geschäft, obgleich ich dessen Verkauf beabsichtige, in alter Weise fortgeführt wird. Ich ersuche dieselben, das meinem Manne so vielfach geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.
Louise Schnarcke,
in Firma: Carl Schnarcke. (6578)

Culmbacher Export-Bier
von J. W. Reichel (Königliches) in Gebinden und Flaschen. (6577)
Robert Krüger, Hundegasse 34.

Taschenmesser
in großartiger Auswahl zu äusserst billigen Preisen empfiehlt
Fr. W. Herrmann, Beutlergasse 16.
Sein reichhaltiges Lager in Colonialwaaren, Drogen, Farben und Delicateffen empfiehlt zu soliden Preisen
Carl Schnarcke, Brodbänkengasse 47. (6577)

Materialwaaren, Delicateffen und Spirituosen.
Reflectanten auf das zur Emil Schreiber'schen Concursmasse gehörige Lager, Lagertheil inclusive Utensilien über 7000 M., wollen sich möglichst vor dem 7. Dezember cr. melden. Das Geschäftslokal, auf Wunsch auch eine Wohnung, Milchhannegasse 24, kann auf längere Zeit übernommen werden. Näheres Hundegasse 77 II. beim Concursverwalter
Eduard Grimm. (6641)
Danzig, den 29. November 1888.

Prämiirt: Brüssel 1876, Stuttgart 1881, Porto Alegre 1881.
Burk's Pepsin-Wein.
(Pepsin-Essenz, Verdauungsflüssigkeit.)
In Flaschen à ca. 100 gr. M. 1. —, à 250 gr. M. 2. —, à 700 gr. M. 4. 50.
Die grossen Flaschen eignen sich wegen ihrer Billigkeit zum Kurgebrauch. Ein wohlgeschmeckendes, mit griechischem Wein bereitetes, diätetisches Mittel, dienlich bei schwachem oder verdorbenem Magen, Sodbrennen, Magenverstopfung, bei den Folgen des übermässigen Genusses von Bier und Wein etc.
Man verlange ausdrücklich: „Burk's Pepsin-Wein“ und beachte die Schutzmarke, sowie die jeder Flasche beigelegte gedruckte Beschreibung.
Vorräthig in Danzig in der Raths-Apotheke von E. Kornstaedt.

Ditpreussische Rohlenäure-Industrie
Rehlfass u. Co.,
Königsberg i. Pr., Borden-Rohgarten 45,
liefert flüssige Rohlenäure zu billigen Preisen. Die Vertheilung unterer Flaschen fallen in jedem Apparat. (6534)
Rath u. Hilfe ertheilt in Haare, ausgekämmt und ab-ahält, vertheilt mit d. Außenwirkung, auherd. e. gel. Amme mit guter Nahrung, beide mit guten Seign. R. Weinacht, Brodbänkeng. 51. (6603)

Wahlverein der freisinnigen Partei.
Sonabend, 1. Dezember, Abends 8 Uhr,
General-Bersammlung
im Saale des Bildungsvereins-Hauses.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Rechnungs-Decharge; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Mittheilungen des Herrn Abg. Rickert über die gegenwärtige Reichstagsession.
NB. Beitrittserklärungen zum Wahlverein werden vor Eröffnung der Versammlung von den Unterzeichneten entgegen genommen.
Der Vorstand des Wahlvereins der freisinnigen Partei.
C. Berens, J. J. Berger, D. Helm, A. Klein, Dr. Koch, Th. Simson.

Paul Borchard,
80, Langgasse 80, Ecke der Wollwebergasse.
Großer Weihnachts-Ausverkauf.
Alleinverkauf von
Marke „Unerreicht“
schwarze u. couleurte Damen- und Herren-Glacsés aus bestem russischen Füllenleder, auf's Eleganteste gearbeitet, ist die größte Konkurrenz aller Lamm- u. Ziegenleder-Handschuhe und bietet die beste Garantie für größte Haltbarkeit u. vorzüglichsten Sitz.
Wäsch-, Wildleder-Handschuhe und gefütterte Glacsés von M. 1,50—4,00.
Größte Auswahl von Tricot-Handschuhen.
Fabrikpreise. Beste Chemnitzer Fabrikate.
Tricot-Handschuhe, reine Wolle, 3 u. 4 An. lang, 6593
pr. Paar 35, 50 und 60 Pf.
Tricot-Handschuhe, reine Wolle, la. m. Futter, 75 Pf.
Tricot-Handschuhe, - m. Meli u. Meli, 1,25 M.
Tricot-Handschuhe, Secunda mit Belgefah, 75 Pf.

In größter Auswahl und sämtlichen Neuheiten empfiehlt als Specialität alle Sorten
Glacé- und Wildleder-Handschuhe
(mit auch ohne Futter)
in nur bestem Fabrikat, sowie diverse Sorten Stoffhandschuhe, Cravatten, Hosenträger etc.
zu billigsten und festen Preisen.
A. Klein, Handschuhfabrikant,
Große Krämergasse Nr. 9. (6606)

Ein Speicher,
in der Hofpessasse und an der Mollau gelegen, ist wegen Erbschaftsregulierung zu verkaufen.
Näheres unter Nr. 6640 in der Exped. b. 3tg.
Eine vortreffliche Milchkuh die in der ersten Hälfte Dezember kalben soll, steht zum Verkauf bei C. Messerschmidt in Fürstenerwerder per Schenbaum, Preis Marienburg. (6614)

Für Autographen-Sammler!
Zweifellos echt: Unterschrift von Napoleon III (1855); desgl. von Prinz-Gemahl Albert von England (1851) zu verkaufen. Angebote sub 6639 in d. Exped. b. Bl. erbet.
Junge schöne Neufundländer-Kuhde, edle Race, billig zu haben Breitgasse 94. (6628)
Ein schwarzes, Alcid, ein Wintermantel billig zu verk. Halbenstraße 5, hochpart. (6604)

Auf ein Werder-Grundstück in der Nähe der Stadt werden zur 2. sichern Stelle Mk. 20 000 gesucht.
Gefl. Offerten unter Nr. 6634 in der Exped. dies. 3tg. erbeten.
15 000 Mk. sind zum April Hypothek ohne Einmischung von Agenten zu begeben. Adr. u. 6625 in der Exped. dies. Zeitung. (6495)
12 000 Mark werden zur II. sichern Stelle auf ein Gut im Kbb. Marienwerder von sofort gesucht.
Gefl. Offerten unter Nr. 6599 in der Exped. b. 3tg. erbeten.
Für mein Holz-Export-Geschäft suche ich sofort oder zum 1. Januar einen Lehrling mit guter Schulbildung. (6653) Otto Rünsterberg.

Ein Erzieherin (mol.) welche auch die Wirthschaft leiten kann, sucht Wolff Rosenbergs, Danzig, Brodbänkengasse. 6651
Ein junger Mann wird für's Cigarren-Geschäft gesucht. Adr. u. 6697 in d. Exped. b. 3tg.
Zur Verwalter eines städt. Grundstücks wird eine geeignete, cautionsfähige Persönlichkeit gesucht.
Offerten unter Nr. 6553 nimmt die Exped. b. 3tg. entgegen.
Ein in e. hiesigen besten Colonialw.-u. Delik.-Geschäft unlangjährig, gut gewachsener, poln. sprechender und mit bel. Umgangformen begabter junger Mann, wünscht in e. ähnlichen Provinzialgeschäft Stellung. Eintritt beliebig. (6594)
C. E. Saut, Fleischerg. 5.

Ein Kellner nicht zu groß, directer bequemer Eingang von der Straße erwünscht, wird zu mieten gesucht. Offerten mit Preisangabe unter 6615 befördert die Exped. dieser 3tg.
Großes Ladenlokal
i. lebh. Geschäftsgegen. Holzmarkt, Auenmarkt oder angrenzenden Straßen per 1. April zu mieten gesucht, eventl. würde Haus gekauft werden. Adressen mit Preis unter 6622 an die Expedition dieser Zeitung.
Verammlung
des Ortsvereins der Fischer und Berufsg. Sonabend, den 1. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Brodbänkengasse 9.
Tagesordnung: Monatsbericht, Generatralprotokoll, Wahl des Ausschusses, der Revisoren, zwei Vertreter im Ortsverbande, deren Stellvertreter und Geschäftsführer, Aufnahme neuer Mitglieder, vorher Büchervertheilung. (6618)
Der Ausschuß.
J. A.: Eingek. Hilfskasse.
Tagesordnung: Monatsbericht, Wahl der örtlichen Verwaltung, der Revisoren und Geschäftsführer. Die örtliche Verwaltung.

Ein Kellner nicht zu groß, directer bequemer Eingang von der Straße erwünscht, wird zu mieten gesucht. Offerten mit Preisangabe unter 6615 befördert die Exped. dieser 3tg.

Kaiser-Panorama,
Langenmarkt 9/10.
13. Reihe:
Zweiter Cyclus der Königschlösser
Ludwig II. von Bayern:
Hohenschwangau und Neuschwanstein.
Entree 30 Pf., Kind 20 Pf., 8 Reihen im Abonnement 1,50 M., restl. 1 M. (62397)

St. Anna-Bräu
(das beste Bier Münchens)
offert in Gebinden von 20 bis 80 Liter Inhalt mit 36 M. pro Hectoliter.
F. W. Manteuffel.
Original-Ausschank im „Luft dichten“.
(6629)

Heute Blut- u. Leberwurst,
eigenes Fabrikat.
Morgen Rinderfleisch und Karpfen.
6637) A. Thimm.

S. C.
Monatskneipe alter Corpsstudenten.
Sonabend, den 1. Dezbr. cr., im „Luft dichten“, Hundeg. 110, II.
Loge Eingekitt.
Sonntag, den 2. Dezember cr.:
Gesellschaftsabend.
Anfang Abends 8 Uhr.

Liedertafel
des
Raumf. Vereins
von 1870.
Zu dem am Sonabend, den 1. Dezember cr., im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses stattfindenden musikal. Abendunterhaltung bitten wir die Eintrittskarten bei den Herren: C. Haack, Gr. Mollwebergasse 23, A. Ruckler, Hofpessasse Nr. 104 baldigst in Empfang zu nehmen. (6301)
Der Beginn des Instrumental-Concerts erfolgt präcise 8 Uhr.
Der Vorstand.

Danziger Gänger-Verein (6639)
Sonntag, den 2. Dezember cr., Abends 7 Uhr,
Concert im Gewerbehause.
Die Herren Mitglieder werden gebeten, die Billets baldigst von den Herren Otto, Milchhannegasse 1 und Manki, 2. Damm 15, zu entnehmen. Der Vorstand.

Danziger Gesang-Verein.
Dienstag, den 4. Dezbr., Abends 7 Uhr,
im Saale des Schützenhauses:
Erste Aufführung für seine Mitglieder i. Vereinsjahr 1888/89.
Josua.
Dratorium für Soli, Chor und Orchester von C. F. Kandel. Dirigent: Königlich Musikdirector Herr Fr. Joche. Solisten:
Großherzoglicher Kammeränger Herr Carl Hill aus Scherwin, Concertdirigenterin Frau Charlotte Hübn-Berlin (Alt), Frau Clara Küster (Soprano), Herr Ferdinand Reutener (Tenor), Capelle des 5. Infanterie-Regim. C. Theil.
Billets à 4 Mark für Nichtmitglieder, sowie Leihbücher sind in der Buchhandlung des Herrn S. Gabel Langenmarkt Nr. 10 zu haben. Anmeldungen von neuen Mitgliedern werden dafelbst entgegengenommen. (6344)

Wilhelm-Theater.
Freitag, den 30. Novbr. cr.:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Abschieds-Benefiz
für die kleine Fimi Cah. Miniatur-Courette.
Auftreten der weltberühmten Sisters Margellie, Biedelst, Draht- und Lanzell, Collium-Courette Fr. Selene Jacobsen, Mad. Remoffina, Gedächtnishilfsterin, Misi Sureau mit Page Oceano, Cia. Caetano, Musikhülster, Fimi Cah. Miniatur-Courette, Fr. Rubens, Schnellmalter, Fr. Betromosha, Dorettenfängerin, Herren Erwald und Henden, Salon-u. Character-Komiker. Alles Uebrige wie bekannt.
Stadt-Theater.
Freitag, den 30. November cr. Außer Abonnement P.-P. E. Benefiz für Paul Schelle. Der Feldprediger. Operette in 3 Acten von Carl Millöcker. Sonabend, den 1. Dezember cr. Des Nachtlagers in Granada. Oper in 2 Aufzügen v. Kreutzer. Hierauf: Wiener Walzer. Gr. Ballet in 3 Bildern v. Frappert und Gaul.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig. Hierzu eine Beilage.

Ein Kellner nicht zu groß, directer bequemer Eingang von der Straße erwünscht, wird zu mieten gesucht. Offerten mit Preisangabe unter 6615 befördert die Exped. dieser 3tg.

Ein Kellner nicht zu groß, directer bequemer Eingang von der Straße erwünscht, wird zu mieten gesucht. Offerten mit Preisangabe unter 6615 befördert die Exped. dieser 3tg.

Beilage zu Nr. 17407 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 29. November 1888.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. v. Bennigsen will in der späten Stunde nur auf Einzelnes in den Auseinandersetzungen Liebkechts eingehen, der weniger für diese Versammlung, als nach außen agitatorisch zu reden sich bemüht habe. Dazu war es natürlich notwendig, die Zustände in Deutschland so schwarz als möglich zu malen: die Regierung in ihrer Reaction, den Reichstag in der Unterstützung dieser Politik, den Niedergang der wirtschaftlichen Entwicklung, den Druck auf die arbeitenden Klassen. Daneben wurde hervorgehoben, wie viel herrlicher es sein würde, wenn die Entwicklung demokratisch von unten erfolgte, wie eine Frieden gebietende Stellung dem deutschen Reiche nach außen geschaffen würde. Eine solche friedliche Entwicklung haben wir schon einmal vor etwa 100 Jahren in einem Nachbarlande gehabt. Da wurden die Zustände auf demokratischer Basis gegründet. Gab es da Ruhe im Innern, friedliebende Politik nach außen? Nein, das Gegenteil: fortgesetzte Revolutionen mit Hinrichtungen und Druck im Innern und kriegerische Propaganda, welche die französischen Fahnen mehr als 20 Jahre durch ganz Europa getragen hat. Wo alles unter dem entsetzlichen Druck einer solchen Reaction steht und einer ganz unvernünftigen Waffenrüstung, haben wir 18 Jahre Frieden. Mehr hätten wir unter anderen Umständen auch nicht erreichen können. (Juruf des Abg. Bebel: Aber sie haben das Volk zu Grunde gerichtet!) Gegen die Auffassung des sonderbaren Schwärmers, daß durch die gesteigerte Anspannung unserer Wehrkraft das Volk in Deutschland zu Grunde gerichtet sei, protestire ich. Der Wohlstand in Deutschland entwickelt sich in den letzten Jahren in ganz ungewöhnlicher Weise: Handel, Schifffahrt und Industrie blühen, was vor wenigen Jahren kaum behauptet werden konnte. Der weisen Politik von Kaiser und Kanzler ist es zu verdanken, daß der Friede erhalten wurde. Nur durch starke Waffenrüstungen und durch Bündnisse konnte unsere Machtstellung zur Erhaltung des Friedens hergestellt werden. Das Programm Liebkechts beruht wesentlich darauf, daß die ganzen Produktionsmittel, Grund und Boden, Gebäude, Instrumente, Maschinen, Betriebskapital den Händen des Privateigenthums entnommen und auf die Gemeinschaft, sei es Staat, sei es Gesellschaft, übertragen würde. Diese kleine Aenderung nur ist erforderlich, damit die Socialreform durchgeführt werde. Ja, dem gegenüber erscheint allerdings, was bisher in Deutschland geschehen ist, einschließlich der Alters- und Invaliditätsversorgung unbedeutend. Denn diese Aenderung bedeutet eine vollständige Umgestaltung unserer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände. Angenommen, daß in einem Lande nach einem langen Kampfe diese Anschauungen Sieger bleiben, so müßten durch ein Meer von Blut und Glend die Generationen waten, die einen solchen Weg durchlaufen. (Sehr richtig!) Sich für die Zukunft eines socialistischen Staates hinzupropfern, wird sich die arbeitende Klasse nur dann entschließen können, wenn ihre Lage eine ganz verzweifelte ist. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß dieser Reichstag in seinen beiden Sessionen die socialpolitische Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß bringt. Ist das geschehen, so wird auch der Eindruck

sicherlich nicht ausbleiben. Der Mensch ist nicht zur Freude und zum Genuß allein auf die Erde gesetzt worden; nicht bloß in den arbeitenden Klassen herrscht Glend und Unglück. Bis in welche Kreise es dringt, haben wir ja in den letzten Monaten in herzerschütternder Weise erlebt. Wenn unsere socialpolitische Gesetzgebung ausgedehnt wird, wird es gelingen, die Wurzel der socialdemokratischen Propaganda zu untergraben. Wird die Revolution hinten gehalten durch die glänzende Initiative der Regierung auf dem Gebiete der socialpolitischen Gesetzgebung, dann wird der Angriff auf die Gesellschaftsordnung wohl aufhören. Redner wendet sich dann dem Etat zu und dankt für die größere Klarstellung im Etat, die einem Wunsche des Reichstages entspreche. Die Reichsschulden werden im laufenden Etatsjahre den Betrag von einer Milliarde Mk. überschreiten. Das ist eine Summe, die zum Nachdenken auffordert, besonders wenn uns für die nächsten Jahre weitere Anleihen in Aussicht gestellt werden. Die Tilgung von solchen Schulden hat allerdings ihre Schwierigkeiten. Vor allen Dingen ist es notwendig, die neuen Anleihen einzuschränken und alles mehr auf die laufenden Einnahmen anzuweisen. Der Etat erscheint verhältnismäßig günstig, weil die Einzelstaaten sich in ihrem Verhältnis zum Reich besser stehen seit 2 Jahren um rund 100 Mill. Mk. Durch die Branntweinsteuer werden namentlich die kleinen Brennereien belastet, aber wenn man so große Summen braucht, wie die Heeresverstärkung erfordert, so ist das garnicht anders möglich. Die behauptete Zuwendung an die Gutsbesitzer im Osten ist durch die Steuer nicht erfolgt. Im Gegentheil, die Lage der Großbrennerei ist jetzt eine schwieriger als früher. — Das Schwergewicht der ganzen Berathung liegt ja diesmal im Marineetat. Die Aufwendung für die Marine steigt in den nächsten 6 Jahren durchschnittlich um über 20 Mill. Das ist eine sehr große Belastung, die aber zusammenhängt mit einer wesentlichen Veränderung der Einrichtungen unserer ganzen Marine. Ich will garnicht befreiten, daß die Denkschrift der Marineverwaltung von 1887/88 schon darauf hinweist, wie weit die Marine anderer Staaten, auch die Marinen zweiten Ranges, in der Anschaffung großer Panzer- und schnellfahrender Schiffe unsere Marine überflügelt haben. Aber man konnte danach doch nicht erwarten, daß jetzt eine fundamentale Aenderung der ganzen Marine in der Beschaffung großer Schlachtschiffe in solchem Umfange in diesem Herbst uns vorgeschlagen werden würde. Um so mehr wird eine sorgfältige Prüfung erforderlich sein. Ich würde vor allem verschiedene notwendige Aufklärungen wünschen. Es soll gleich im nächsten Jahre mit dem Bau von 6 oder 7 größten Schlachtschiffen vorgegangen werden; 28 sollen in den nächsten 6 Jahren gebaut werden. Ich vermiße da zunächst eine Angabe darüber, was nun außer den 117 Mill. Baukosten die artilleristische und sonstige Ausrüstung der Schiffe noch kosten wird. Ich habe gehört, immerhin noch zwei Duzend Mill. Wir kommen also mit den 117 Mill. schon ziemlich auf anderthalb hundert Mill. Wie wird es weiter künftig mit der Besetzung dieser Schiffe werden? Wie werden die Kosten der regelmäßigen Unterhaltung sich zu den jetzigen stellen? Auch darüber haben wir noch keine Aufklärung im Etat, ob wir im Stande sind, für diese Schiffe das nöthige Personal, Mannschaften

und Offiziere, in einer so kurzen Spanne Zeit zur Verfügung zu haben. Ist für einen Theil dieser Schiffe vielleicht an ausländische Werften gedacht? Die Bedeutung unserer Marine hat Hr. Richter doch zu gering veranschlagt. Es muß doch in der Nord- und Ostsee möglich sein, daß unsere Marine eventuell auch der englischen erfolgreich gegenüber treten könne. In den entfernteren Meeren freilich wird man sich darauf beschränken müssen, mit kleineren Kreuzern den Handelschiffen der anderen Staaten im Kriegsfall Abbruch zu thun. Zudem haben wir jetzt eine ganze Reihe regelmäßig eingerichteter Dampferlinien von unseren großen Handelsstädten aus, und diese Linien angemessen zu schützen, muß doch mit einer entsprechenden Flotte immerhin möglich sein. Auch die Colonialpolitik hält Hr. Richter seit Jahren für gefährlich, wenn nicht für verderblich; er äußert sich sehr wegwerfend darüber. Bei keiner Nation sind aber Colonialunternehmungen in den ersten Jahren von Erfolg begleitet gewesen. Es würde doch kläglich für das Deutsche Reich sein, wenn es wegen solcher Schwierigkeiten, daß es einige Millionen zugezahlt und daß einige hundert Menschen erschlagen sind, — die Klinte hier gleich ins Korn werfen wollte. Will denn Herr Richter behaupten, daß der schwarze Continent für eine Entwicklung von Plantagenfactorien keine Grundlage bietet? Jetzt ist dort eine Unruhe in der Bevölkerung, welche sich gegen die Europäer richtet, und die uns Schwierigkeiten macht. Ganz anders in Westafrika. (Widerspruch links.) Dort entwickeln sich die Verhältnisse durchaus günstig. Es ist sogar die Hoffnung vorhanden, daß die Kosten der Verwaltung im Lande selbst gedeckt werden können. Die Schwierigkeiten in Afrika sind absolut nicht größer, als die, welche andere Nationen bei ihren neuen Unternehmungen gefunden haben. Es ist jedesmal der Fall gewesen, wo ein Zusammenstoß der europäischen Cultur mit den Eingeborenen erfolgte. Das Zusammenwirken der europäischen Mächte, an die sich Frankreich und Portugal wahrscheinlich anschließen werden, wird hoffentlich die nöthige Sicherheit für unser Unternehmen bieten. (Beifall bei den Nat.-Liberalen.)

Staatssecret. v. Mathahn: Die Beschwerden über etwaige unzutreffende Festsetzungen der Ausbeuteverhältnisse bei der Spiritussteuer, so weit es sich um die namentlich in Süddeutschland vorhandenen kleinen Brennereien nicht mehrliger Stoffe handelt, werden sorgfältig geprüft werden. Diese Festsetzungen auf Grund des neuen Gesetzes erfolgten zu einer Zeit, als ausgiebige Erfahrungen darüber noch nicht zu Gebote standen; relativ ist aber jedenfalls das Beste gegeben, was man damals geben konnte. Von verschiedenen Seiten ist dann ein scharfer Ausfall gegen die Kornzölle gemacht worden, es sei eine so ungewöhnliche Theuerung im Augenblick vorhanden, daß die Kornzölle abgeschafft werden müßten. Ob dieser Wunsch sich zu Anträgen verdichten wird, bleibt abzuwarten, daß aber die allerdings eingetretene Steigerung der Kornpreise eine egorbitante Höhe erreicht hätte, bestreite ich. Die Durchschnittspreise vom Oktober stehen in Preußen für Weizen auf 182 Mark, für Roggen auf 158 Mk., die Durchschnittspreise der Jahre 1880/87, also vor der letztenollerhöhung, betragen für Weizen 189 Mk., für Roggen 161 Mk. (Hört hört! rechts),

und die Durchschnittspreise der 10 Jahre 1870/79, wo es bekanntlich einen Kornzoll in Deutschland nicht gab, betragen bei Weizen 221 Mk. (Hört, hört! rechts) und bei Roggen 169 Mk.

Stellvertretender Chef der Admiralität Graf Monts: Die dem Etat beigelegte Denkschrift konnte aus verschiedenen Gründen nicht eingehender motivirt werden. Es ist selbstverständlich, daß in der Commission über jeden einzelnen Punkt ausführlich Auskunft gegeben wird. Ich möchte nur eins betonen, daß ich ganz gewiß diese hohen Forderungen nicht vorgelegt hätte, wenn ich nicht die Ueberzeugung hätte, daß unser bisheriger Bestand an Schiffen nicht ausreicht. Ich kann außerdem versichern, daß ganz gewiß ohne die zwingendste Nothwendigkeit unsere deutschen Schiffe alle deutsch sein werden, vom Kiel bis zur Flagge. Die Frage, ob wir mit den Mannschaften reichen werden, können wir in der Commission noch discutiren. Ich werde die Ehre haben, dort nachzuweisen, daß, was wir für die neuen Schiffe mehr brauchen, wir durch den Eingang der alten sparen werden. Es ist mir aufgefallen, daß vielfach betont wurde, es würde jetzt zu einem anderen System in der Marine übergegangen. Das ist durchaus nicht der Fall. Was Herr Caprivi als unsere erste Aufgabe hingestellt hat, für die Verteidigung unserer Küsten zu sorgen, das ist jetzt erreicht. Nur zufällig fällt mit meinem Amtsantritt dieser Abschluß zusammen. Ich hoffe, daß der bisherige Chef der Admiralität den Dank und die Anerkennung für das Große, was er für die Marine geleistet hat, finden wird.

Nachdem ein Antrag des noch zum Worte gemeldeten Abg. Rickert auf Vertagung abgelehnt ist, verzichtet Rickert auf das Wort; die Debatte wird nach einigen persönlichen Bemerkungen Richters und Liebkechts geschlossen. Verschiedene Theile des Etats, namentlich des Auswärtigen Amtes, der Heeres- und der Marine-Verwaltung werden der Budgetcommission überwiesen; der Rest wird sofort im Plenum berathen werden. Damit ist die erste Berathung des Etats beendet.

Ohne Debatte erledigte das Haus dann in erster Lesung die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für 1887/88 — welche der Budgetcommission — und die allgemeine Rechnung für 1884/85 — welche der Rechnungscommission überwiesen wird.

Ohne Debatte wird der Gesetzentwurf betreffend die Controle des Reichshaushaltsetats in erster und zweiter Berathung angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 28. Nov. Getreidemarkt. Weizen loco flau, holsteinischer loco 155 — 165. Roggen loco flau, mecklenburgischer loco 170 — 180, russischer loco flau, 102 — 106. — Hafer still. — Gerste fest. — Rübsöl fest, loco Zollinland 61. — Spiritus fest, per Novbr.-Dez. 22 Br., per Debr.-Januar 22 Br., per April-Mai 23 Br., per Mai-Juni 23 1/4 Br. — Kaffee steigend. Umsatz 6500 Sack. — Petroleum behauptet. Standard white loco 7,65 Br., 7,50 Ob., per Debr. 7,50 Br. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 28. Novbr. Kaffee good average Santos per Oct. 78 1/2, per März 79 1/4, per Mai 79 1/4. Ruhig. Hamburg, 28. Novbr. Zuckermarkt. Rübenzucker

